

Thema:

Wissenschaftsplan 2020

Antragsstellerin:

campus grün

Der Studierendenrat möge beschließen:

Folgende Stellungnahme wird beschlossen und damit offiziell vom Studierendenrat unterstützt. Die Stellungnahme wird mit Annahme des Antrags durch das SR-Präsidium als Pressemitteilung des SR veröffentlicht und der Presse zugesendet.

Begründung:

Stellungnahme des Studierendenrates der Universität Bremen zum Wissenschaftsplan 2020 der Senatorischen Behörde für Bildung und Wissenschaft

Am 13. Mai 2014 wurde die vorläufige Fassung des Wissenschaftsplanes für die bremische Wissenschaftslandschaft veröffentlicht. Der Wissenschaftsplan wurde von der Senatorischen Behörde für Bildung und Wissenschaft verfasst und beinhaltet ihre Vorstellungen für die Entwicklung der bremischen Wissenschaftslandschaft bis 2020. Auch die Studierenden der Universität Bremen werden von der Umsetzung des Wissenschaftsplans direkt betroffen sein, weshalb der Studierendenrat (SR) als gewähltes Parlament der verfassten Studierendenschaft im Folgenden Stellung zum Wissenschaftsplan 2020 nimmt.

Weitgehend positiv bewertet der SR, dass die schwierige Studiensituation im Bachelor-Master-System thematisiert wird und verbessert werden soll. Die Elemente der Bologna-Reform, die den Studienalltag entzerren, sollen konsequenter umgesetzt werden. Die stoffliche Überladung der sechs oder acht Semester, die die Regelstudienzeit vorsieht, soll verringert werden. Außerdem soll es weniger kleinteilige Module geben, sodass weniger Modulabschlussprüfungen erbracht werden müssen. Prüfungsvorleistungen und Studienleistungen sollen größtenteils abgeschafft werden und Modulabschlussprüfungen zu Anfang des Studiums häufiger unbenotet sein. Außerdem soll der Wahlpflicht- und Wahlangebotsbereich ausgebaut werden, wodurch Auslandsaufenthalte, Praktika und fachfremde Veranstaltungen leichter wahrgenommen werden können. Diese Anpassungen sieht der SR im Sinne der Studierendenschaft als positiv an. Der Hinweis jedoch, häufiger von der Möglichkeit Gebrauch zu machen, mehrere Module mit einer einzigen Abschlussprüfung abschließen zu können, kann leicht ins Gegenteil eines entschlackten BA-Studiums umschlagen. Auf diese Weise erhielte eine einzelne Prüfung wieder deutlich mehr Gewichtung und der Druck auf Studierende würde gesteigert, weshalb der SR diese

Empfehlung zurückweist.

Begrüßenswert ist außerdem die Empfehlung des Wissenschaftsplanes, dass mehr Menschen ohne Abitur ein Studium an den bremischen Hochschulen ermöglicht werden soll, indem die „Grenze zwischen beruflicher und akademischer Ausbildung“ durchlässiger gestalten werden soll. Dieses Vorhaben ermöglicht mehr Menschen einen frei gewählten Bildungsweg und baut stückweise Hürden zur Partizipation an universitärer Bildung ab.

Auch die Betonung des Bachelors als berufsqualifizierender Abschluss wird vom SR unterstützt. Das jedoch darf kein Lippenbekenntnis bleiben, sondern der Bachelor muss auch von Arbeitgeber*innen als solcher anerkannt werden.

Des Weiteren will der Wissenschaftsplan elektronische Selbstlernangebote fördern, da diese zeit- und ortsunabhängiger sind. Diese Entwicklung können wir in sofern begrüßen, als dass sie das Studium für Studierende mit Familie oder ein berufsbegleitendes Studium erleichtern könnte. Allerdings darf es durch ein verstärktes elektronisches Lernangebot nicht zu einem Abbau "klassischer" Lernangebote - zum Beispiel in Form von Seminaren - kommen. Lebens- und Lernqualität entsteht auch durch das gemeinsame Lernen mit- und voneinander.

Neben den genannten Aspekten, die Überschneidungen mit den Interessen von Studierenden haben, kritisiert der SR die folgenden Punkte grundlegend:

Die räumliche Situation der Hochschulen des Landes soll in den nächsten Jahren laut Wissenschaftsplan nicht verbessert werden. Nur der jetzige Bestand wird durch Sanierungen erhalten. Somit wird es in Zukunft weiterhin überfüllte Seminare und Vorlesungen geben und Veranstaltungen aus den Räumen der Hochschule müssen wieder in angemietete Räume wie Hotels ausgelagert.

Die Verfasste Studierendenschaft lehnt den starken Fokus der Universität auf die Drittmittelakquise ab. Diese schränkt einerseits Kreativität ein und beansprucht andererseits eine hohe Zahl an Ressourcen (Zeit, Personalkapazitäten), die sonst anderer Stelle - zum Beispiel in der Lehre - eingesetzt werden könnten. Die Abhängigkeit von und der Wettbewerb um Drittmittel führt zu einem Konkurrenzdruck unter den einzelnen Disziplinen der Universität. Die Forschung steht damit immer mehr unter dem Aspekt der Verwertbarkeit und dem Nutzen für die Wirtschaft. Eine echte Freiheit der Forschung wird so ganz bestimmt nicht erreicht. Daher kritisiert der SR, dass im Wissenschaftsplan wiederholt positiv auf die zahlreichen erworbenen Drittmittel Bezug genommen wird. Diese sind sogar als Kriterium für neue Forschungsbereiche angeführt, obwohl an anderer Stelle eingestanden wird, dass ohne eine Erhöhung der Grundfinanzierung durch das Land Bremen eine Erhöhung der Drittmittel keine weitere Verbesserung in Lehre und Forschung bewirkt.

Der Wissenschaftsplan empfiehlt zudem den Abbau von Überschneidungen in der Hochschullandschaft. Dies heißt nichts anderes als die Schließung von Studienangeboten im Hochschulsystem. Weiterhin gefördert werden sollen Studienfächer, die dem Profil einer Hochschule oder den Wissenschaftsschwerpunkten des Land Bremen entsprechen. Ebenfalls erhalten bleiben soll Studienfächer, wenn "regionaler Bedarf nach dem Studienangebot seitens des Arbeitsmarktes besteht" oder diese eine gute Kosten/Nutzen-Effizienz aufweisen. Dies ist ein weiterer Schritt hin zu einer Universität, welche von Wirtschaftsinteressen gelenkt wird und ein weiterer Schritt weg vom Ideal einer unabhängigen, vielfältigen Bildungseinrichtung.

Weiterhin ist zu lesen, dass die Universität Bremen eine - gemessen an der dürftigen Zahl der Lehrpersonen - überdurchschnittlich hohe Zahl von Studierenden zum Abschluss ihres Studiums führt. Dies wird als Erfolg gewertet. Außgeklammert wird dabei, dass sich durch diese schlechte Betreuungsrelation die extrem prekären Arbeitsbedingungen von wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen verschärfen. Im Angesicht dessen erscheint dies also als ein mehr als zweifelhafter Erfolg. Dazu ist zu bedenken, dass bis zum Jahr 2020 weitere Stellen in der Lehre wie auch in der Verwaltung abgebaut werden sollen.

An der Universität Bremen sollen bis 2020 insgesamt 65 Vollzeitäquivalente gekürzt werden. Hierbei handelt es sich um eine Stelle bei den Hochschullehrer*innen, 33,5 Vollzeitäquivalente im Akademischen Mittelbau und 30,5 Vollzeitäquivalente im Dienstleistungsbereich. Dies bedeutet eine weitere Verschlechterung der hauptsächlich vom Akademischen Mittelbau getragenen Lehre, sowie eine Verschlechterung der Situation in der Verwaltung der Universität. Dies ist nicht zumutbar!

Das Land Bremen hat sich die fünf Wissenschaftsschwerpunkte Meereswissenschaften, Materialwissenschaften, Informations- und Kommunikationswissenschaften, Sozialwissenschaften und Gesundheitswissenschaften gegeben. Vor diesem Hintergrund ist es schwer nachzuvollziehen, dass durch eine externe Prüfung kontrolliert werden soll, ob die gesundheitswissenschaftlichen Bereiche der Universität mit denen der Hochschule zusammengelegt werden sollen. Dieses Vorhaben steht außerdem im Widerspruch zu einer der anderen Vorgabe des Wissenschaftsplans, dass die in die Wissenschaftsschwerpunkte des Landes einbezogen Fächer nicht zur Disposition gestellt werden sollten.

Noch dazu ist einer der drei Kernbereiche der Jacobs-University "Gesundheit. Systemimmanent argumentiert ist dieser Kernbereich als Stärkung des Wissenschaftsschwerpunkts des Land Bremen zwar zu rechtfertigen. An einer öffentlichen Universität allerdings Studienmöglichkeiten in Frage zu stellen, während eine private Universität vom Land bezuschusst werden muss, um ebenfalls im Bereich Gesundheit zu lehren und zu forschen, wird vom SR stark kritisiert und ist nicht hinnehmbar.

Der Studierendenrat der Universität Bremen fordert:

- Eine vollständige Ausfinanzierung des bremischen Bildungssystems. Dies beinhaltet nicht nur die Universität und die Hochschulen, sondern auch die Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen im Land Bremen.
- Eine Abschaffung der Schuldenbremse auf Landesebene sowie eine stärkere Beteiligung des Bundes an der Finanzierung der Bildung. Dies kann nur durch eine Abschaffung des Kooperationsverbots im Grundgesetz geschehen.
- Keine weitere Förderung der privaten Jacobs University. Vor dem Hintergrund der prekären Situation der öffentlichen Bildungslandschaft ist diese nicht hinnehmbar. Zudem führt eine Förderung von privater Bildung zu einer Hierarchisierung von Lernenden und einem erschwerten Bildungszugang für alle.
- Eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen von akademischen Mitarbeiter*innen an den Hochschulen. Dazu gehört eine bessere Bezahlung sowie größere Sicherheit durch flächendeckende unbefristete Verträge.
- Eine ernsthafte Fortführung der geplanten Gleichstellungspolitik. Gerade im Bereich der wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen sind Frauen* noch stärker von prekären Arbeitsbedingungen betroffen.
- Keine Abschaffung des Studiengangs Psychologie. Stattdessen sollte eine Stärkung dieses beliebten und wichtigen Studiengangs durch eine Sicherung und Neubesetzung der bestehenden Professuren ermöglicht werden.